



## PRESSEERKLÄRUNG

Landesvorsitzende Irma Franke-Dressler und Stefan Gelbhaar sowie  
Claudia Hämmerling, verkehrspolitische Sprecherin  
Abgeordnetenhausfraktion ■ 8. September 2009

Angesichts der zweiten Stilllegung der S-Bahn-Flotte wegen Sicherheitsmängeln durch das Eisenbahnbundesamt erklären wir:

### **Erneutes Sicherheitsversagen der S-Bahn erfordert sofortige Vertragskündigung !**

Die S-Bahn hat die Sicherheit der Fahrgäste zum zweiten Mal innerhalb von zwei Monaten aufs Spiel gesetzt. Das ist kriminell und an Unverfrorenheit nicht zu überbieten. Wir fordern die sofortige Vertragskündigung des S-Bahn-Vertrages und eine Neuausschreibung. Zwischenzeitlich muss der S-Bahn-Verkehr auf dem Wege der Auferlegung geleistet werden.

Die S-Bahn, namentlich deren DB AG-Aufsichtsrat Homburg, hat den Ernst der Lage nicht begriffen. Mit dem geplanten Börsengang fährt die Deutsche Bahn die S-Bahn an die Wand. Die erneute Notbremsung für mehr als 50 Prozent der S-Bahn-Flotte wegen Sicherheitsmängeln beweist, dass ohne den sofortigen Einsatz von zusätzlichem Personal, Zügen und Werkstattkapazitäten kein stabiler S-Bahn-Verkehr möglich ist. Statt vertraglich vereinbarte Leistungen zu erbringen will die S-Bahn noch mehr Geld vom Senat, indem die Trassenpreise von 2,64 Euro auf 4,46 Euro je km erhöht werden. Das ist schamlos!

Dass der Senat im Trassenpreisstreit vor zwei Jahren nachgegeben und auf die Ausschreibung der Nord-Süd-Strecke verzichtet hat, macht ihn jetzt vollends zum Trottel. Da der Senat sich unverändert von der DB AG auf der Nase herumtanzen lässt, werden wir ihn mit Unterstützung der EU zu einer Kündigung und Neuausschreibung zwingen. Das spart Berlin hunderte Millionen Euro und garantiert einen guten S-Bahn-Verkehr.

Die Verantwortlichen der Deutschen Bahn können wir nur warnen. Ein Unternehmen wie die Berliner S-Bahn, das gegenüber seinem Vertragspartner unehrlich und rücksichtslos ist, dem Profitgier wichtiger ist als Fahrgastsicherheit und Service, wird bei einer Ausschreibung keinen Fuß in die Tür bekommen.

Wir fordern die Berlinerinnen auf mit unserer Unterschriften-Aktion den Protest gegen die Bahnpolitik zu unterstützen.